

# Gewerkschaftliche Rundschau

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen,

Mitglied des Gesamtverbandes der Christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr. 24

Erscheint alle 14 Tage. Durch die Post bezogen monatl. 60 Pfg., mal Teuerungszahl des Börsenvereins der Buchhändler.

Köln, den 29. November 1924

Hauptgeschäftsstelle: Venloer Wall 9. Fernspr. Anno 6533. Postfach-Konto Köln 18937.

12. Jahrg.

Laß dich nicht durch Menge schrecken,  
Das Edelste ist immer rar!  
Der wahre Mann wird nie verfluchen,  
Was ihm im Innern leuchtet klar.  
G. Now.

## Grenzen der Lohnpolitik.

Fast keine Woche vergeht, in der nicht in tausenden von Versammlungen und Artikeln in der Tagespresse, in Eingaben an die Behörden usw. versucht wird, dreierlei nachzuweisen. Erstens: Durch den verlorenen Krieg und den Friedensvertrag ist die deutsche Wirtschaft sehr stark be- lastet. Um aus dieser Katastroph heraus- zukommen, gibt es nur ein Mittel: Stei- gerung und Verbilligung der Produktion. Nur dadurch wird es möglich sein, unsere Ausfuhr derart zu steigern, daß mit dem Erlös nicht nur unsere Einfuhr gedeckt, sondern auch Ueberschüsse erzielt werden, die es gestatten, die Reparationszahlungen an das Ausland abzuführen.

Zweitens: Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die deutschen Produktionskosten um so viel tiefer gegenüber dem Auslande liegen, wie die Reparationszahlungen ausmachen. Nur wenn diese Voraus- setzungen zutreffen, wird die deutsche Wäh- rung eine stabile bleiben.

Mit diesen Ausführungen müssen sich auch die Arbeitnehmer einverstanden er- klären. Einen anderen Weg, um wieder zur politischen und wirtschaftlichen Frei- heit zu kommen, gibt es eben nicht.

Doch über den Weg, wie wir zu einer Senkung der immer noch zu hohen Produ- ktionskosten und Preise kommen, gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Das Unternehmertum verlangt eine Ver- längerung der Arbeitszeit und möglichst niedrige Löhne. Es bewegt sich fast durch- weg noch in den unsozialen Gedanken- gängen der Vorkriegszeit. Ist es nicht eine falsche Auffassung, wenn diese Kreise im- mer noch glauben, eine Produktionssteige- rung und Verbilligung nur bei langer Arbeitszeit und gedrückten Löhnen und Gehältern erreichen zu können? Diese Po- litik muß letzten Endes (hat es vielmehr schon getan) zu einer Senkung der Pro- duktion führen. Die geringe Entlohnung hat die Kaufkraft des deutschen Volkes ganz erheblich geschwächt. Die Folge da- von ist mangelnder Absatz, Einschränkung, ja Stilllegung der Betriebe, infolgedessen große Arbeitslosigkeit, dessen Kosten dann wieder von der gesamten Wirtschaft ge- tragen werden müssen. Erhöhte Steuern, erhöhte Beiträge zu den sozialen Versiche- rungen, Schwächung des wertvollsten Gu-

tes einer Nation, der lebenden Volkskraft, sind die Folgen, so daß auf der einen Seite verloren geht, was auf der anderen an- scheinend gewonnen ist.

Abgesehen von dieser Tatsache, läßt das Vorgehen auch jedes psychologische Ver- ständnis vermissen. Anscheinend glaubt man die Tätigkeit der Arbeitnehmer, ge- nau wie die der Maschine, als eine rein mechanische bewerten zu dürfen. Vergißt dabei aber, daß der Effekt der Arbeit nicht allein von der Arbeitszeit und den tech- nischen Einrichtungen, sondern vielmehr von der geistigen Einstellung des Arbeit- nehmers zu seiner Arbeit abhängig ist. Ein gut entlohnter Arbeiter, bei angemessener Arbeitszeit, wird viel mehr Arbeitslust zeigen, seine Leistungen in Quantität und Qualität sich weit abheben von denen, die ein schlecht entlohnter und ernährter nicht mit Lust und Liebe bei der Arbeit weilen- der, aufzuweisen hat. Bei einigen ein- fachen Arbeiten, deren Ertrag zum guten Teil von der Arbeitszeit, dem Gang der Maschine abhängt, oder durch die Organi- sation des Betriebes stark beeinflusst wer- den kann, mag die Rechnung der Unter- nehmer teilweise zutreffen. Verlagen muß sie aber vollständig bei der Qualitäts- arbeit, wo das Können und Wollen des Arbeitnehmers den Ausschlag gibt. Der Ertrag der Wirtschaft hängt aber insge- samt genommen in der Hauptsache von der letzteren ab.

Wie unter den jetzigen Umständen ein Wiederaufbau der Nation und Wirtschaft erfolgen kann, ist uns ein Rätsel.

Selbstverständlich sind es in erster Linie die Vertreter des Scharfmachertums in der Großindustrie, die die Rufer im Streite abgeben. Es ist auch viel leichter durch schematische Mittel, Verlängerung der Ar- beitszeit und Lohndrückerei eine „Ver- billigung“ der Produktion, die letzten Endes eine Schwächung der gesamten Wirtschaft bedeutet, herbeizuführen, wie durch eine Verfeinerung der Betriebsorga- nisation, durch Einschränkung des Leer- laufes, Abstokung unproduktiver Kräfte und restlose Ausnutzung der technischen Fortschritte, eine größere Wirtschaftlichkeit herbeizuführen. Allerdings, in manchen Gewerben, Industrien und Betrieben fehlt es an dem notwendigen Betriebskapital, um diese Umstellungen vorzunehmen. Die in der Inflationszeit übliche Sitte, ein- fach den Kredit der Reichsbank in An- spruch zu nehmen, der in Wirklichkeit nicht nur zinslos gegeben, sondern bei gerissener Spekulation recht gewinnbringend gestal- tet werden konnte, ist durch die Maßnah- men der Reichsbank, seit der Stabilisie- rung beseitigt. Wohl oder übel muß nun-

mehr wieder das Betriebskapital aus den Gewinnen oder aus dem Vermögen der Besitzer genommen werden. Ist es denn ein großes Verbrechen, nachdem sämtliche Sparer, Hypothekenbesitzer, fast 80% der Bevölkerung, ihr Vermögen durch die In- flation verloren haben, wenn nunmehr auch die Sachwertbesitzer, Aktionäre usw. zur Auffüllung des Betriebskapitalsfonds kräftig herangezogen werden?

Die Grenzen und Schlagbäume der Lohn- politik liegen in Wirklichkeit an einer ganz anderen Stelle, als wo sie ein Scharfmache- risches Unternehmertum heute aufzurichten bemüht ist.

Von unseren Mitgliedern, die restlos in öffentlichen Betrieben beschäftigt sind, wird nun sehr oft die Meinung vertreten, alle diese Dinge treffen nur bei der Privat- industrie zu. Reich, Staat, Provinzen und Gemeinden nehmen aber hinsichtlich der Gestattung der sozialen Lage ihrer eigenen Beamten, Angestellten und Ar- beiter eine besondere Stellung ein. Ge- wiss sind sie in der Lage, in diesen Dingen ihre eigene Politik zu machen. Soweit die oberen Beamten in Betracht kommen, kann auch von einem unsozialen Verhalten nicht die Rede sein. Die letzten Neurege- lungen der Gehälter, die den oberen Be- amten eine fast größere Zulage brachte, wie das ganze Gehalt in den unteren Gruppen ausmacht, zeigt dieses zur Ge- nüge. Bei den ersten drei Gruppen aber, wie auch bei den Arbeitern, da finden wir in den öffentlichen Betrieben eine Ge- halts- und Lohnpolitik, die ängstlich darauf bedacht ist, ja die Lohngrenzen einzu- halten, die die Privatindustrie aufzustellen bemüht ist.

Inwieweit diese unsoziale Politik der eigenen Ueberzeugung und den eigenen sozialen Ansichten der Verwaltungen ent- spricht, wollen wir gar nicht untersuchen. Ueber Motive wird bekanntlich nicht ab- gestimmt. Dafür aber empfinden die un- teren Beamten und Arbeiter um so stärker die tatsächliche Beachtung der angeblichen Lohngrenzen täglich am eigenen Leibe.

Jetzt steht, manche Verwaltung würde diese Grenzen überschreiten, wenn nicht die Scharfmacher aus der Privatindustrie mit- allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, ihren Einfluß bei den Behörden im unsozialen Sinne zur Geltung zu brin- gen. Noch unlängst führte der Vertreter einer Großstadt vor dem Schiedsgericht zur Begründung seiner ablehnenden Haltung gegenüber den gestellten Lohnforderungen aus, die Stadtverwaltung könne unmög- lich mit ihren Löhnen über die der Privat- industrie am Orte hinausgehen, da die Or- ganisation der letzteren mit der Nichtab- führung der fälligen Steuern androht habe,

wenn die Lohngrenzen überschritten würden.

Den betreffenden Verwaltungen ist dringend empfohlen, zunächst den Unternehmer-Verbänden zuzurufen: Bange machen gilt nicht. Wenn die unsozialen Scharfmacher aber trotzdem ihre Drohung wahr machen sollten, wäre es die höchste Zeit, daß der Staatsanwalt sich einmal dieser Leute wegen Aufforderung zur Gesetzesübertretung „liebevoll“ annähme.

Dieses Beispiel aber zeigt uns, in welchem Maße sich heute das Unternehmertum als Herr der Situation fühlt. Nicht überall wird ein derartiger unheilvoller Einfluß auf die Verwaltungen in diesem Maße ausgeübt. Und nicht überall vertreten uns die Vertreter der Verwaltungen die unternommenen Schritte. Aber bestimmt können wir annehmen, daß nicht allerorts die Weigerung, die Löhne auch nur halbwegs den Lebenskosten anzupassen, der eigenen sozialen Anschauung der Verwaltungen entspricht.

Mit aller Deutlichkeit kommt hier zum Ausdruck, wie auch unsere Kollegenchaft mitten in den Strudel der sozialen und wirtschaftlichen Gärung gestellt ist, wie auch sie von den Wellen umspült werden und keine Insel darstellen, an dem der Strom vorüberzieht.

Kunmehr heißt es hieraus die richtigen Lehren zu ziehen. Im engen Anschluß an die übrige Arbeiterbewegung müssen auch wir versuchen, die Wellen recht kräftig zu schlagen, um sie zu zwingen auch uns, wenn auch zum Teil gegen ihren Willen, zu tragen. Wir sind gewarnt. Nichten wir unser Verhalten danach ein.

### Umgestaltung der Lohnsteuerabzüge.

In Nr. 17 des Reichsgesetzblattes erläßt der Reichspräsident eine Verordnung, durch die vom 1. Dezember 1924 ab der steuerfreie Betrag des Lohnes von bisher 50 M auf 60 M pro Monat (15 M pro Woche) erhöht wird. Der Steuerbetrag soll überhaupt nicht erhoben werden, wenn er monatlich 80 M nicht übersteigt.

Diese Ermäßigung ist recht gering und entspricht durchaus nicht der sozialen Gerechtigkeit. Im vergangenen Jahre schwankte der Anteil der Lohnsteuer an dem Gesamtvermögen der Einkommensteuer zwischen 53,6% im Mai, 55,2% im August und 95,2% im März. Im Juli betrug die Lohnsteuer 21,1% des Gesamtvermögens. Seit der Stabilisierung stellt sich der Anteil der Lohnsteuer an der Einkommensteuer wie folgt:

Januar	45,3 v. H.
Februar	49,0 v. H.
März	41,4 v. H.
April	52,8 v. H.
1924	54,2 v. H.
Mai	54,2 v. H.
Juni	63,3 v. H.
Juli	56,1 v. H.
August	61,2 v. H.
September	67,0 v. H.

Ganz offensichtlich entspricht diese Belastung der Arbeitnehmer nicht den wirklichen Einkommensverhältnissen. Es erscheint ausgeschlossen, daß 67% der Einkommen von den Arbeitnehmern vereinnahmt werden, während Unternehmer, Handel, Industrie, Gewerbe, Handwerk, freie Berufe und Landwirtschaft nur einen Anteil von zusammen 33% am Gesamteinkommen haben sollen. Dieses offensichtliche Mißverhältnis ist wohl nur dadurch zu erklären, daß die Arbeitnehmer gezwungen sind, auch vom letzten Pfennig Lohn aus Überstunden, Nachtarbeit usw. ihre Einkommensteuer zu entrichten, und die laze Steuermoral in Verbindung mit der Unmöglichkeit des wirklichen Einkommens aller übrigen Steuerpflichtigen genau nachzuprüfen, eine gerechte Verteilung verhindert.

Mit Recht verlangt daher der deutsche Gewerkschaftsbund in einer Eingabe, den Wertungssatz auf 75 M zu erhöhen und zweitens die prozentualen Minusabzüge derart progressiv zu gestalten, daß bereits beim Vorhandensein von 4 Kindern und bei einem monatlichen Arbeitseinkommen von 150 M und darunter Lohnsteuerabzüge nicht mehr vorgeschrieben zu werden brauchen.

Als vor einigen Jahren von uns der Soziallohn verlangt und erst nach langem Kampfe durchgesetzt wurde, war das Hauptargument der Gegner, nicht die Wirtschaft, die Arbeitgeber seien verpflichtet, Rücksicht auf die erhöhten Lebenshaltungskosten der Familien mit Kinder zu nehmen, sondern der Staat müsse dieses bei den Steuern tun. Inwieweit dieser Forderung Rechnung getragen wird zeigt die Tatsache: Auch nach der neuen Steuerordnung muß ein Familienvater mit vier Kindern und einem Monatseinkommen von 100 M noch 18 M Einkommensteuer im Jahre zahlen.

Die Gewerkschaften werden daher nichts unversucht lassen, um auch nach dieser Richtung hin eine Erhöhung des Reallohnes der Arbeitnehmer durchzusetzen.

### Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Der Kampf um eine angemessene Entlohnung.

Der Lebenshaltungsindex zeigt in den letzten Monaten wieder andauernd eine aufsteigende Kurve. Die Maßnahmen der Regierung zur Verbilligung der Preise haben sich als unwirksam erwiesen. Alle Verbilligungen sind bei den Produzenten und Händlern hängen geblieben und haben die Konsumenten nicht erreicht. Die Anweisungen der Regierung an die Schlichtungsinstanzen, die eigene Lebenspolitik des Reiches, der Staaten und der Gemeinden, äußerste Zurückhaltung bei Lohnzusatzleistungen zu üben, um die Verbilligungsaktion nicht zu gefährden, haben nichts genutzt. Eine Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes ist nicht erfolgt. Um nun die so wie so schon gedrückte Lebenshaltung der Arbeitnehmer nicht noch mehr zu gefährden, haben sich die Gewerkschaften auf der ganzen Linie genötigt, Lohnbewegungen einzuleiten und mit aller Schärfe durchzuführen. Ähnlich wie in der Inflation reißten die Lohnverhandlungen zwischen den Parteien, bei den Schlichtungsstellen usw. nicht mehr ab. Nur mit dem Unterschied, das heute wieder um jeden Pfennig, ja um Bruchteile des Pfennigs gekämpft werden muß.

Verständlich kam es auch in öffentlichen Betrieben zur Arbeitseinstellung. Der Kampf der Gemeindegewerkschaft in Mitteldeutschland konnte nach ein paar Tagen beäugelt und der drohende Zustand der Kollektivistik in Rheinland-Westfalen in letzter Minute durch ein erneut aufgenommenes Schlichtungsverfahren verhindert werden. Der Streik der Berliner Hochbahner endete mit einem Abbruch, der zwar der Direktion ihre scharfzüngigen Pläne erschlös, aber auch den Anstrengten keine wirtschaftliche Besserstellung brachte.

Durchaus sind wir heute wieder auf die Friedensminimallöhne gekommen. Verschiedentlich wird auch die Behauptung von der Erreichung des Reallohnes der Vorkriegszeit aufgestellt. Nach der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ soll für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 1924 der Tariflohn der gelernten Arbeiter in Berlin 96 Prozent und der der ungelerten 104 Prozent des Friedensreallohnes erreicht haben. Selbst wenn diese Zahlen zuträfen, besägen sie nichts gegen weitere notwendige Lohn erhöhungen. Noch lange Zeit brauchen wir einen Reallohn, der wesentlich über den der Vorkriegszeit liegt, um auch nur halbwegs die Schäden auszugleichen, die der geringe Reallohn in den letzten zehn Jahren in den Haushaltungen gerissen hat. Denn keine Bevölkerungserschließung hatte seine Substanz so gründlich verzehrt wie die Arbeitnehmer. Die auch nur halbwegs wieder aufzufüllen zu können, ist

der von allen verlangte Entbehrungsstoff in vollem Umfang.

### Sozialwirtschaftliches und Soziales.

#### Wohl soziales Verständnis in der Gemeindepolitik.

Unter dieser Überschrift macht die „Germania“ (Nr. 448) bemerkenswerte Ausführungen. Die Stadt Berlin hat sich (wie die meisten Städte) finanziell gut erholt, nicht zuletzt durch die Hauszinssteuer. Und nun wird (wiederum nicht nur in Berlin) feste an die Durchführung aller möglichen großzügigen Projekte gegangen. Dazu bemerkt das Blatt:

„Die Projekte bedeuten zweifellos einen großen wirtschaftlichen Fortschritt. Trotzdem kann man der Ansicht sein, daß diese neuen Aufgaben zu sehr in diesem Augenblick noch dringendere in den Hintergrund drängen. Unserer Ansicht nach müßte im Mittelpunkt der gesamten Gemeindepolitik die Ueberwindung der gegenwärtigen Wohnungsnot stehen. Es soll nicht verkannt werden, daß in der letzten Zeit der Bauplatz durch die leichtere Beschaffung von Bauplatzen etwas in Bewegung gekommen ist, trotzdem ist an eine Verringerung der Wohnungsnot nicht zu denken, wenn im gegenwärtigen Tempo weitergebaut wird. Die Wohnungsnot ist aber eine Frage von höchster allgemeinerwirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Bedeutung. Ganz abgesehen davon wird durch die Belebung des Bauplatzes die Maschinenindustrie unseres Wirtschaftslebens besser angekurzt, als durch Wellebauten, Kanalbauten usw. Ein Hindernis ist allerdings die Art der Durchführung der Dritten Steuerreform und im besonderen die Veranlagung der Mittel aus der Hauszinssteuer. Der Grundgedanke dieser Steuer war, Mittel für den Neubau zu schaffen. In Wirklichkeit wird aber nur ein gewisser Prozentsatz für die Zwecke des Wohnungsbaues verwendet, der übrige Teil fließt anderen, allgemein staatlichen und städtischen Aufgaben zu. Dieser Zustand war noch zu rechtfertigen, solange andere Mittel für die Balancierung der allgemeinen Staats- und Gemeindehaushaltsrechnungen nicht vorhanden waren. Die vorübergehende Notlage erscheint uns aber heute heftiger. Es gibt kaum eine Steuer, deren Durchführung solche Härten zur Folge hat als die Hauszinssteuer. Um so größer ist die Mißbräuche melder Krise, wenn die unter den härtesten Bedingungen aufgebracht Mittel nicht für die Zwecke verwendet werden, für die sie gedacht sind. Es wäre interessant, festzustellen, welcher Prozentsatz der aufgetragenen Mittel heute ihre Zweckbestimmung auf dem Wohnungsmarkt gefunden hat. Wir schätzen, daß dieser Prozentsatz außerordentlich gering ist. Die Forderung scheint uns nicht ganz unbedeutend, endlich einmal die Mittel der Hauszinssteuer voll und ganz den Zwecken zuzuführen, die allein die Aufrechterhaltung dieser Steuer rechtfertigen. Dazu müßte unserer Ansicht nach die Gemeinde Berlin noch ein übriges tun und noch mindestens denselben Betrag, den sie für allgemeinerwirtschaftliche Projekte festgelegt hat, diesen größeren Aufgaben anwenden. Leider scheinen wir von diesem Ziel recht weit entfernt zu sein, obwohl es sich hier um ein soziales Problem von der größten Tragweite handelt.“

Wie gesagt, die hier gerügten Fehler werden nicht nur in Berlin gemacht. In den meisten Gemeindevertretungen hat die christliche Arbeiterkassenvereine ihren. Sie sollten es sich zu ihrer besonderen Aufgabe machen, auf dem hier gekennzeichneten Gebiete nach dem Besten zu sehen.

#### Lohnfrage und nationaler Aufstieg.

In stärkerem Maße beschäftigen sich in letzter Zeit auch die führenden Politiker aller Parteien mit der Lohnfrage und ihre Bedeutung für die Lösung der großen politischen Fragen. Hoffentlich bleibt dieses Interesse auch über den 7. Dezember hinaus wach. Auf einer Frankfurter Tagung äußerte sich der frühere Reichsminister Dr. Wirth hierzu wie folgt:

So wie wir die großen Fragen der Reparationen verfolgt haben bis ins weltpolitische Denken hinein, so müssen wir uns klar sein, daß wir auch Reparationen nach innen zu leisten haben, die den Rentnern und dem arbeitenden Volke bessere Lebensbedingungen schaffen. Die Reparationen nach außen stehen im Vertrage mit den Alliierten; die Reparationen nach innen aber sind eine moralische Verpflichtung des deutschen Volkes. Das deutsche Unternehmertum hat in seinen Eigentumsbesitzungen gar keine ethische Einstellung mehr; es will nur der einzelne und kein Eigentum. Diesen Herren gegenüber müssen die christlichen Eigentumsbesitzer erklärt werden. Eigentum ist nicht Selbstzweck, Eigentum verpflichtet. Auf dem Eigentum ruht eine soziale Hypothek. Wer die sozialen Lasten, die das Eigentum mit sich bringt, nicht erkennen will, ruft die Kräfte hervor, die in Rußland mit den Grundbesitzern diese blutige Abrechnung gehalten haben, den Bolschewismus. Viele Bewegung ist nicht abgestorben, sie lebt hart und zwar gerade in jenen Gebieten, wo das Unternehmertum durch Verweigerung eines gerechten Lohnes die Erregung ins Maßlose gesteigert hat. Wir werden nur vorankommen, wenn wir jetzt nach der ersten außerpolitischen Befragung den Mut haben, die alten sozialen Fragen mit neuem demokratischen Geist wieder in Angriff zu nehmen. Wir werden Geduld üben müssen. Wenden wir aber die Kraft auf, dem Unternehmertum das Einzelsozialen Fortschritts aufzudrücken, so wird es uns gelingen, das deutsche Volk wieder in die Höhe zu bringen.

**Schwindelinferate.** Fast tagtäglich gehen beim Verlag unserer Organe Anfragen ein wegen Aufnahme von Inferaten. Wir lehnen dieselben ab, weil erstens unsere Verbandsorgane keine Anzeigenblätter sind, und zweitens, weil gerade die bezahlten Anzeigen sehr oft der reinste Schwindel sind, auf den hereinzukommen wir unsere Mitglieder bewahren wollen. In der „Rheinischen Zeitung“, dem Kölner sozialdemokratischen Blatte, lesen wir hierzu: Meist handelt es sich um Rätselaufgaben, die ohne Mühe von mittelmäßig begabten ABC-Schützen gelöst werden können. Als erster Preis wird meistens eine Woh-

nungseinrichtung angekündigt. Wer aber auf die Anzeige hereinkäuft, hat die Aussicht, für zwei Bäder 4,90 M los zu werden. Wörtlich heißt es dann weiter: „Ich frage: Wie ist es möglich, daß eine derartige Beutelschneiderei sich ungestraft und ungeniert sozusagen unter den Augen der Behörden vollziehen kann? Hat die Staatsanwaltschaft wirklich keinerlei Handhabe, um den gewissenlosen Burschen, die mit ihrem Schwindel auf die Groischen derartigen spekulieren, die nicht alle werden, das Handwerk zu legen? Den Schwindelstrafen, die auf die hier geschilderte Art Geld zu verdienen suchen, würde allerdings schnell das Handwerk gelegt sein, wenn die Verleger der Zeitungen und Zeitschriften mehr Reinlichkeitsempfinden zeigten und sich einig wären, solche Kupp- und Schwindelinferate nicht in die Spalten ihrer Blätter aufzunehmen. Die sozialdemokratische Presse hat stets grundsätzlich solchen Inferaten, die auf den ersten Blick als Schwindelinferate erkennbar sind, ihre Spalten verweigert. Für einen Teil der bürgerlichen Presse aber scheinen auf diesem Gebiet keinerlei Hemmungen zu bestehen. Geld stinkt nicht, und im übrigen: die Welt will betrogen sein — also werde sie betrogen!“

Recht so. Der Mann hat recht. Am so mehr sind wir erstaunt, die oben beschriebene Anzeige auch in der „Gewerkschaft“, dem Organ des freien Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu finden. Wir meinen, eine Gewerkschaft solle auf die Einnahmen aus solchen Anzeigen verzichten können. Sie stehen in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden, der der gesamten Gewerkschaftsbewegung daraus erwächst.

## Beamtenfragen.

**Die neue Besoldungsordnung.**  
Wer sich der Hoffnung hingegeben hat, daß die Aufbesserung der Beamtenbezüge ab 1. Dezember 24 das Unrecht der letzten Besoldungsaktion wieder gutmachen würde, ist enttäuscht worden. Die Aufbesserung der Beamtengehälter ist wiederum prozentual erfolgt und dadurch ist das alte Unrecht noch vergrößert worden. Wenn den Gruppen 1-6 eine 12-prozentige Erhöhung

auf das Grundgehalt gegeben wird und von Gruppe 7 nach oben 10 Prozent, so braucht man sich nur diese Zahlen vor Augen zu halten, um zu erkennen, daß die Auswirkung die unteren Beamten in keiner Weise befriedigen kann. Die Spitzenorganisationen haben sofort Einspruch beim Reichsrat erhoben. Der Einspruch wird hauptsächlich damit begründet, daß die unteren Beamten wiederum zu kurz gekommen sind. Interessant ist hierbei, daß sich der Reichsbund der höheren Beamten diesem Einspruch nicht angeschlossen hat und hier sehen wir von neuem bekräftigt, wie wenig wir uns auf die höheren Beamten verlassen können. Man vergleiche in diesem Zusammenhang die Ausführungen in der letzten Nummer unseres Organs betreffs: „Ein Währungsan die Beamten der Gruppe 1-8.“ Deutlicher konnte der „Reichsbund der höheren Beamten“ wirklich nicht darsin, daß er nur nach auf den hin den Enttäuschten spielt, aber dann, wenn es darauf ankommt für die unteren Gruppen etwas zu tun, sich zurückzieht.

In Gruppe 3 war das bisherige Anfangsgehalt für einen ledigen Beamten 110 M und das Endgehalt 142 M. Die Aufbesserung ergibt jetzt 121 M bis 156 M. In Gruppe 5 erhält der ledige Beamte als Endgehalt 206 M, (18 M mehr als bisher.) In Gruppe 8 beträgt das Endgehalt jetzt 364 M, (28 M mehr) u. in Gruppe 11 = 609 M, (47 M mehr.) In diesen Gehaltsstufen ist das Wohnungsgeld mit eingerechnet. Vergleicht man nun diese Erhöhung, so ergibt sich für die

Besoldungsgruppe	3 ein plus von 14 M
"	5 " " " 18 M
"	8 " " " 28 M
"	11 " " " 47 M

Der gesamte Aufwand, der dem Reich bei dieser Gehaltserhöhung erwächst, beläuft sich für das Jahr auf 170 Millionen Mark. Die Verringerung der Ortsklasseneinteilung soll dem Reich 60 Millionen Mark gekostet haben. Die neue Aufbesserung umfaßt sämtliche Reichsbeamten, außer den Beamten der Post und der Eisenbahn.

Wir stellen zum Schluß die Frage: „Kann ein unterer und mittlerer Beamter jetzt noch die Hoffnung haben, daß ihm durch das Zu-

## Wie es damals war.

(Schluß.)

Wer die Arbeiten und Mühen im ersten Jahrsabte der christlichen Gewerkschaftsbewegung richtig würdigen will, muß beachten, unter welchen Umständen sie geleistet werden mußten. Bei der geringen Zahl der für die Gewerkschaftsarbeit freigestellten Kräfte ruhte der Hauptteil der Last auf den Schultern der sich im Arbeitsverhältnis befindlichen Mitglieder. Diese aber hatten eine Arbeitszeit von täglich 10 Stunden und mehr. Für Schichtarbeiter bestand die zwölfstündige Arbeitszeit, aber pro Woche im Durchschnitt 84 Stunden. Nur wenige Städte waren es, die in den Jahren 1906 bis 1910 für Feuerarbeiter die dreizehnhöchste Schicht und für die übrigen der 9%-Mündigen Arbeitstag eingeführt hatten.

Für die Straßenbahnen galt der ZehnStundenstag. Das heißt er sollte gelten. Einschließlich der Pausen kamen aber durchweg 12 bis 14 Stunden heraus. Wohl bestand nach dem Bau- und Betriebsvorschriften für die Straßenbahnen das Recht, zwischen zwei Dienstschichten eine Ruhezeit von 8 Stunden zu verlangen. Beachtenswert ist die Vorchrift nicht. Die technischen Aufsichtsbehörden drückten damals hinsichtlich dieser Vorchrift nicht ein, sondern beide Augen zu. Beschwerden leitens der Kollegen eingereicht hatten den Erfolg, der Betreffende konnte sich in der Regel um eine andere Arbeit umsehen und eine Beschwerde leitens der Organisation wurde durch Schreiben vom 8. Oktober 1908 dahin beantwortet, daß eine Untersuchung eingeleitet werden sollte und demnach eine Verbesse-

lung erfolgt. Seit 16 Jahren dauert nun die Untersuchung. Ob sie inzwischen eingeleitet worden ist, wissen wir nicht. Jedenfalls warten wir noch heute auf die entsprechende Verbessehung. Eine samole Einrichtung hatte die M. Gladbacher Straßenbahn getroffen. Der letzte Wagen fuhr so gegen 12,30 Uhr nach Rheindahlen ab. Da auf dem Rückwege keine Fahrgäste vorhanden waren, ließ man diesen Wagen einfach so langd halten, bis er am nächsten Morgen als Frühwagen wieder nach der Stadt zurückfuhr. Schaffner oder Fahrer konnten sich in der Nacht in Decken gehüllt im Wagen gütlich tun. Saßen sie doch den Vorteil weder des abends, noch des morgens den Weg von und zur Arbeitsstätte machen zu brauchen. Ruhetage gab es jeden 10. bis 14. Tag, das heißt, wenn der Betrieb es gestattete. Ob dieses der Fall war, entschied die Direktion nach freiem Ermessen. Eine sehr „schöne“ Einrichtung hatten die Bergischen Kleinbahnen getroffen. Auf einer Außenstrecke hatte das Personal regelmäßig alle 14 Tage einen Ruhetag. Am 13. Tage begann der Dienst 5 oder 6 Uhr morgens und dauerte bis gegen 1 oder 2 Uhr mittags. Am folgenden Tage hing er 1 oder 2 Uhr mittags an und endete nach Mitternacht. Die Quadratur des Kreises war gelöst. Jeder Angestellte hatte jeweil Dienstschichten, wie der Monat Tage und trotzdem die gesetzlichen zwei Ruhetage von 24 Stunden Dauer. Als Gegenleistung erhielten sie zwar pro Tag nur 3 bis 4 Mark Lohn, konnten sich aber als weitere Entschädigung an den von Wohlwollen und Kameradschaftlichkeit triebenden Reden des Herrn Direktors beim Stiftungsfest des selben Lokalvereins, erbauen.

Da ein nach militärischen Grundsätzen geleiteter Betrieb nicht ohne Strafen auskommen konnte, durfte es auch nicht wunder nehmen,

daß die Dienstvorschriften den Kriegskriegsartikeln wie ein Ei dem andern gleichen. Prügel- und Arreststrafen waren zwar nicht statthaft, aber Geldstrafen von 0,50 M bis zu einem Loalohne waren bei jeder Verfehlung die Sühne. Die Strafverfügungen der damaligen Zeit bilden heute eine wahre Fundgrube zur Beurteilung der damaligen sozialen Verhältnisse. Was würde heute ein längerer Kollege wohl sagen, wenn er eine Strafverfügung erhielt, nach welcher er wegen nicht vorschriftsmäßiger Haltung mit einer Mark Strafe belegt würde?

Unter diesen Umständen, unter einer verhängnisvollen, furchtbaren Arbeitnehmerschaft ist die Gewerkschaft zu werden, ihnen den Glauben an die Möglichkeit beizubringen, durch Zusammenschluß ihre Lage zu bessern, letzte ein volles Maß von Vertrauen zu der guten Sache voraus.

Zum Schluß ist noch derjenigen Schwierigkeiten gedacht, die unsere Kollegen neben den oben geschilderten zu überwinden hatten und deren Ursache in der Zusammenfügung unseres Verbandes lagen. Für 25 und mehr Berufe und Arbeitergruppen sollte unser alter Verband das Sammelbecken abgeben. Beim besten Willen ist es aber trotz der Notwendigkeit, verwandte Berufe zusammen zu fassen, nicht möglich, bei der Anzahl der hier zusammengeführten Sparten allen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen. Als 1912 die einzelnen Sparten soweit erstarkt waren, um Träger eines besonderen Verbandes zu werden, kam die Auflösung des alten Verbandes und die Gründung neuer Verbände. Auch diese Umstellung brachte erhebliche Schwierigkeiten, die aber glatt überwunden wurden.

sammengehen mit den höheren Beamten geholfen wird?

Auf Grund der Erklärung, die die Spitzenorganisation der Beamtenschaft mit Ausnahme des Reichsbundes der höheren Beamten dem Reichsfinanzministerium eingereicht haben, hat der Reichsfinanzminister erklärt, daß er nochmals in eine gründliche Nachprüfung der gesamten Lage eingetreten sei. Es habe sich leider ergeben, daß den Wünschen der Beamten nur insoweit nachkommen werden könnte, als die vorgesehene Erhöhung für die Beamten der Gruppe 1-4 bereits am 16. 11. gewährt werden könnte. Es sei das die äußerste Belastung die das Reich und die Länder, vor allem die Reichsbahngesellschaft übernehmen könnten. Weitere Zugeständnisse zu erreichen war den Beamtenvertretern nicht möglich. — Wir werden über die letzte Beschlusssession in der nächsten Nummer eingehender berichten.

### Vermischtes.

#### Ein trauriges Ende.

Anfang November wurde die Bevölkerung der Stadt Köln durch die Nachricht in große Aufregung versetzt, daß der Beigeordnete Heinrich Schäfer, Deputierter für das Ernährungswesen, sich habe bestochen lassen. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er vor einigen Jahren, als noch große Mehlknappheit und daherhalb auch ein Kuchenbrotverbot bestand, den Kölner Konditoren große Mengen Mehl beschafft habe. Für diesen Liebesdienst habe er sich von den Konditoren 50 000 Mark zahlen lassen. Wie der Kölner Oberbürgermeister in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung mitteilte, habe er sofort, nachdem ihm der Fall bekannt wurde, den Beigeordneten Schäfer erzuht, entweder Strafantrag gegen den Stadtverordneten Vaterrodt, der den Vorfall gemeldet hatte, zu stellen oder aber gegen sich selbst das Disziplinarverfahren einzuleiten. Schäfer habe ihm gesagt, daß er letzteres tun wolle. Anderntags jedoch, am 8. November war Schäfer verschwunden. Niemand wußte zunächst, ob er geflohen sei oder Selbstmord verübt habe. Endlich fand man ihn am 17. November als Leiche im Rhein. Dieser traurige Vorfall hat weit über Köln hinaus großes Aufsehen erregt. Es ist ja auch kein alltägliches Ereignis, sowohl was die Person wie die Tat anbelangt. Heinrich Schäfer war Arbeiter gewesen. Vor etwa 10 Jahren wurde er Ortsbeamter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Köln. Einige Jahre später ging er zur Genossenschaftsbewegung über und wurde Sekretär bei der Konsumgenossenschaft Hoffnung (sozialisti-

sche Richtung). In der Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19 wurde er von der sozialdemokratischen Partei als Kontrolleur der städtischen Verwaltung bestimmt. Schäfer nahm sich als solcher aber bald, jedoch es nie zu irgendwelchen Reibereien zwischen ihm und der Verwaltung kam. Allzulange dauerte diese eigenartige Tätigkeit auch nicht. Am 8. Februar 1920 wurde er dann mit 2 anderen sozialdemokratischen Kollegen zum Beigeordneten gewählt. Er hatte die Lebensmittelversorgung zu betreiben. Abgeben von allgemeinen Klagen und Andeutungen, schien Schäfers Amtsführung doch einwandfrei zu sein. Nach seinem Weggang wurden auch bei ihm unterstellten Mitabteilungen Nachprüfungen vorgenommen und dort gleichfalls Unregelmäßigkeiten entdeckt. Ob und inwieweit hier ein Verschulden Schäfers vorliegt, ist noch nicht festgestellt. Warum wir uns mit dieser Sache befassen, ist der Umstand, daß dieser Fall nicht nur parteipolitisch in unerschöpflich Maße ausgebeutet wird, sondern auch gegen die Arbeiterkassette.

„Da haben wir es wieder.“ „Wie kann man auch einen Arbeiter zum Beigeordneten machen.“ „Was kommt ein Arbeiter von solchen Dingen, wie kann der der Versuchung widerstehen.“ „So und ähnlich hört man es jetzt täglich. Und viele, allzu viele stimmen in den Chorus ein. Ich glaube, selbst Arbeiter lassen sich von diesem Gelde einfangen. Es fällt uns beiseite nicht ein, diesen äußerst bedenklichen und bedauerlichen Fall etwa entschuldigend oder gar beschönigend zu wollen. Zweifellos haben die Sozialdemokraten damals sich die Kandidaten für die Beigeordnetenposten genau angesehen und dazu Auslese unter den Beiten gehalten. Umso ärger wird jetzt ihre Enttäuschung sein. Erweist sich doch auch hier wieder, wie grundsätzlich die sozialdemokratische Behauptung ist, daß der Sozialismus die Menschen zu einer höheren sittlichen Auffassung erziehe, wie das Christentum. Auch das ist sicher, würde es sich um den Fortschritt eines Angehörigen einer bürgerlichen Partei handeln, so würde die Sozialdemokratie den Fall auch weidlich für sich ausgeschlachtet haben.

Demnach müssen wir sagen, daß es unehrlich ist, diesen Fall so zu verallgemeinern, wie es selber geschieht, zumal sich die Kritik hauptsächlich gegen die Arbeiterkassette richtet. Gibt es nicht auch in anderen Schichten solche Fälle? Gewiß, aber darüber redet man möglichst wenig, man versucht sie, wie der Kölner Oberbürgermeister mit Recht sagte, „möglichst zu vertuschen.“ Soll durch einen solchen Fall der Arbeiterkassette den Aufstieg in höhere Stellungen wiederum versperrt werden? Sollen diese wieder nur den „höheren Ständen“ vorbehalten bleiben? Soll der Klassen- und Klassengeist wieder auslaggend werden? Den Schaden davon würde die gesamte Arbeiterkassette haben. Dagegen müssen wir uns entschieden zur Wehre setzen. Sonst könnte der soziale und kulturelle Aufstieg der Arbeiterkassette ebenfalls stark gefährdet werden.

### Aus den Bezirken und Ortsgruppen.

#### Bezirkskonferenz für Baden und die Pfalz in Baden-Baden.

Für das Gebiet Baden und Pfalz veranstaltete unser Verband am 16. November eine Bezirkskonferenz, welche einen sehr starken Besuch aufwies. Bezirksleiter Fackender berichtete über den Stand des Verbandes und dessen Tätigkeit. Der Verband sei in den Herzen der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen stark verankert und bringe man ihm mittlerweile das größte Vertrauen entgegen. Beweis dafür sei, daß der Verband sich in der Zeit der wirtschaftlichen Not nicht nur gut gehalten, sondern darüber hinaus eine stetige erfreuliche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen habe. 2000 Mitglieder könnten im Konferenzgebiet gemustert werden und sei auch hinsichtlich der Beitragsleistung alles in bester Ordnung. Redner schilderte die Lage der verschiedenen dem Verbande angeschlossenen Berufsgruppen und gab Kenntnis von den Bestrebungen und Anträgen der Verbandsleitung. Lobende Anerkennung sollte Redner der hochwürdigen Staatsregierung, welche durch den Mund des Herrn Finanzministers Dr. Köhler mannhafte Worte der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe hinsichtlich einer sozialeren Gestaltung der Beamtengehälter. Dem Vortrag wurde starker Beifall und Zustimmung zuteil.

Vorstandsmitglied Eickmann sprach über das Thema: Wie gestalten wir uns eine bessere Zukunft? Redner geteilt ein Bild der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaften und bezeichnete die verschiedentlich gemachte Krümmung als falsch, darauf folge die Gewerkschaften in der Inflationszeit und Wirtschaftskrise verlagert hätten. Die Pleite und die zu beobachtende Niedriggelohntheit und Verbittertheit der Arbeitnehmer sei infolgedessen verständlich, als letztere infolge Abbau der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und schlechter Entlohnung den Glauben an die Selbsthilfe durch die Berufsorganisation teilweise verloren hätten. Die Erkenntnis, daß nur auf dem Wege der Selbsthilfe, d. h. nur durch starke Berufsorganisationen die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer erträglicher gestaltet werden könne, breche sich aber wieder Bahn. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß durch die 800 Millionen Mark Anleihe eine wohltuende Wirkung auf das Wirtschaftsleben ausgeübt werde. Er fordert auf, den Glauben an sich selbst und die Organisation trotz der Schwere der Zeit nicht zu verlieren. Zu keiner Zeit sei die gewerkschaftliche Organisation ein bringenderes Bedürfnis gewesen, als in der jetzigen Zeit, was Redner noch des Näheren begründete. Sein Appell zu unerschöpflicher Weisheit und Verbundenheit für den Zentralverband lebhaftest Beifall. Der Konferenzleiter, Gewerkschaftssekretär Stadtrat Rembruster, gab zum Schluß seiner Freude Ausdruck über den harmonischen Verlauf der Konferenz und gab dem Wunsch Ausdruck, daß der Verband weiter wachsen, blühen und gedeihen möge.

Wachen. Der Einladung zur Gründung einer Gemeinde, Beamten- und Angehörigengruppe war am 7. November eine stattliche Anzahl Herren gefolgt. Zum größten Teil waren es solche, die sich von der Pleite auf, aus dem Arbeiterstande heraus, eine gehobene Stellung errungen haben. Nach einem einleitenden Vortrag des Verwaltungsführers Koll, Schäfer, welcher das Thema: „Beamtenrechte und -pflichten im Volkshaar“ behandelte, war jeder Teilnehmer von der Notwendigkeit einer besonderen Gruppenbildung überzeugt. Die nachfolgende Vorstandswahl zeitigte einstimmig folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kolleg Schäfer, 2. Vorsitzender Reissen, Kassierer Bourcean, Schriftführer Jos. Klänkenberg und als Beisitzer die Kollegen Jos. Lüttgens sen. und Markus Martin. Als Verbandsbeitrag wurde ab 1. Dezember monatlich der Betrag von 3.— Mark bestimmt. Im weiteren Verlauf der Besprechung einigte man sich auf regelmäßige Monatsversammlungen und beauftragte den neu gewählten Vorstand mit der Ausarbeitung eines Winterprogramms, mit dem besonderen Zweck der Vorbereitung auf eventuelle Nachprüfungen. 36 Herren traten sofort der im Rahmen unseres Verbandes neu gebildeten Gruppe bei, jedoch der Vorzüge die sehr anregende Tagung mit dem Wunsche schließen konnte, den eingeschlagenen Weg gegenständlicher Zusammenarbeit weiter zu verfolgen.

Kolnheim. In unserer Ortsgruppe ist wieder gutes Leben zu verzeichnen. Seitdem die Stadt verpflichtet wurde, die Löhne der Gemeindefunktionäre zu zahlen und damit indirekt gezugungen wurde, dem EWV beizutreten, haben unsere Kollegen mit gutem Erfolg mit der Agitation eingeseht. Die neugewählte Vorstandskassette unter dem Vorhabe des Kollegen Börner sorgt für eine lebhaftige Betätigung im Verbands. Die Mitgliederzahl, die vor dem Kriege 33 betrug, ist heute bedeutend überholt. Die Schmierigkeiten, die infolge der Inflation und in der Zeit des Webergangs zur Geldmarktwährung entstanden sind, wurden glücklich überwunden. Nun wird es auch weiterhin vorwärts gehen in unserer Ortsgruppe.

### Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

- Anton Jäger, Trier 4. 10. 1924
- Bernhard Wilden, Bonn a. Rh. 17. 10. 1924
- Wilhelm Uhe, Soest i. W. 4. 11. 1924
- Anton Peuter, München 8. 11. 1924
- Emil Schäfer, Barmen 16. 11. 1924

Die Kollegin:

- Magd. Kraft, München 4. 11. 1924

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

H. Eickmann, Köln, Benloewwall 9.  
Druck: Volkswacht-Verlag, Köln, Domstraße 4.